

FAQs zum Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland

Frage:

Was sind die entscheidenden Gründe für die BuReg, bis 2022 komplett aus der Kernenergie auszusteigen?

Antwort:

Entscheidend für die beschleunigte Abkehr von der Kernkraft ist, dass ein Restrisiko der Kernkraft nicht auszuschließen ist. Das Beispiel Fukushima in einem High-Tech Land hat aufgezeigt, dass Fehleinschätzungen möglich sind. Dass deutsche KKW nach internationalem Standard vergleichsweise sicher einzuschätzen sind, ändert an dieser grundsätzlichen Einschätzung nichts.

Frage:

Ist DEU vorbereitet, innerhalb von nur 10 Jahren komplett aus der Kernenergie auszusteigen?

Antwort:

Der Ausstieg ist schon lange Konsens in der Bundesregierung und wurde bereits im Energiekonzept 2010 festgeschrieben. Jetzt wird allerdings der Weg dahin kürzer. Zahlreiche Studien belegen übereinstimmend, dass ein Umbau der Energiewirtschaft ohne Kernenergie möglich ist und langfristig große Chancen und wirtschaftliche Vorteile bieten kann. Der wegfallende Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung soll mittelfristig durch neue, effiziente fossile Kraftwerke, den Ausbau und eine fortschreitende Marktintegration der erneuerbaren Energien sowie eine Steigerung der Energieeffizienz kompensiert werden.

Frage:

Nach Tschernobyl hat DEU seine Nuklearpläne auf Eis gelegt während Nachbarn z.T. kräftig ausgebaut haben. Gibt es nach Fukushima einen vergleichbaren Trend in DEU? Ist es eine überhastete emotionale Entscheidung, aus der KE auszusteigen?

Antwort:

Deutschland hat im vergangenen Jahr mit dem Energiekonzept die Grundentscheidung getroffen, seine Energieversorgung in Zukunft aus erneuerbaren Energien zu decken und innerhalb eines bestimmten Zeitraums aus der Kernenergie auszusteigen. Dies ist gesellschaftlicher Konsens. Der nun beschlossene schnellere Ausstieg aus der Kernenergie erfordert, dass wir auch den dafür erforderlichen Umbau der Energieversorgung deutlich beschleunigen. Dies ist mit großen Herausforderungen, aber auch mit neuen Chancen verbunden.

Entscheidend für die jetzt getroffenen Weichenstellungen sind rationale ökologische, ökonomische, aber auch ethische Beweggründe. Der grundlegende Umbau der Energieversorgung wird mit Chancen für die kommenden Generationen verbunden sein. Diesen Umbau in der Praxis umzusetzen, wird nicht einfach werden. Aber wenn wir uns der Herausforderung stellen, eröffnet dieser Umbau zugleich neue technologische und ökonomische Perspektiven für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands als Wirtschaftsstandort und Exportnation (z.B. energieeffiziente Produkte, erneuerbare Energien, hocheffiziente Kraftwerke).

Frage:

EU-Kommissar Oettinger hat gesagt, DEU Ausstieg könne nur dann funktionieren, wenn es erhebliche Fortschritte bei der Energieinfrastruktur gibt. Welche Auswirkungen wird die DEU Entscheidung auf die europäischen Nachbarn haben?

Antwort:

Der Ausbau der Energieinfrastruktur (Netze, Kraftwerke, Speicher) ist eine entscheidende Voraussetzung für den angestrebten Umbau der Energieversorgung. Das Energiekonzept sieht deshalb eine ganze Reihe von Maßnahmen vor, um die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen zu beschleunigen. Das nun beschlossene Energiepaket (Bundestag 30.6.; Bundesrat 8.7.) enthält zudem wichtige Maßnahmen für den beschleunigten Ausbau gerade der Netze. Deutschland kann und wird auch in Zukunft den Anspruch haben, die notwendigen Kapazitäten vorzuhalten, um seinen Strombedarf vollständig selbst zu decken. Unabhängig davon befindet sich Deutschland im Zentrum des EU Binnenmarkts, in dem der grenzüberschreitende Handel mit Strom mit den entsprechenden Lastflüssen zum Alltag gehört.

Frage:

Wird DEU auf andere Staaten einwirken, ebenfalls aus der Kernenergie auszusteigen?

Antwort:

Jedes Land hat das Recht, über die Form seiner Energieversorgung frei zu entscheiden. Die Rolle Deutschlands wird in Zukunft darin liegen, mit der Gestaltung der Energiewende in Deutschland Alternativen zur Nutzung der Kernenergie aufzuzeigen und so zur Nachahmung anzuregen. Deutschland ist hinsichtlich der Kernkrafttechnik an möglichst hohen internationalen Sicherheits-Standards interessiert und strebt hierzu internationalen Austausch an.

Frage:

Wie ist der Zeitplan für den Ausstieg?

Antwort:

Wir werden stufenweise bis spätestens Ende 2022 aus der Nutzung der Kernenergie in Deutschland aussteigen. Die während des Moratoriums abgeschalteten sieben ältesten Kernkraftwerke sowie das Kernkraftwerk Krümmel bleiben dauerhaft vom Netz. Spätestes Enddatum für die übrigen Kernkraftwerke: 2015 Grafenrheinfeld, 2017 Gundremmingen B, 2019 Philippsburg 2, 2021 Grohnde, Gundremmingen C und Brokdorf sowie 2022 für die drei jüngsten Anlagen Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2.

Frage:

Wie wirkt sich die Entscheidung zum Ausstieg auf DEUs Energiekonzept aus?

Antwort:

Das Energiekonzept bleibt der Kompass der künftigen Energiepolitik. Die Ziele und die Ausrichtung des Energiekonzepts bleiben bestehen. Die Maßnahmen - insbesondere zum

Netzausbau, Ausbau der Windkraft und Erneuerung des Kraftwerksparks - werden beschleunigt umgesetzt.

Frage:

Wie wird DEU die fehlenden 23% an Elektrizität ersetzen?

Antwort:

Deutschland kann die derzeit stillgelegten Kernkraftwerke sicher mit vorhandenen Reserven und moderaten Importen kompensieren. Im Frühjahr standen z. B. aufgrund des Moratoriums und anfallender Revisionen kurzzeitig 12 von 17 KKW still; dies konnte mit den vorhandenen Reserven, durch Stromimporte und der vorhandenen Netzinfrastruktur kompensiert werden. Selbstverständlich kann hier nicht generalisiert werden. Anspruchsvoller als im Frühjahr ist die Situation in den nächsten beiden Wintern. Aber auch insoweit gehen wir davon aus, dass die deutsche Energiewirtschaft diese anspruchsvolle Aufgabe meistern wird. Die im Zeitablauf bis 2022 nach und nach vom Netz gehenden weiteren Erzeugungskapazitäten deutscher KKW, die in Deutschland bisher rund 23 % Elektrizität produzierten, sollen zukünftig durch einen Mix aus weiterem Ausbau der erneuerbaren Energien, Zubau bereits geplanter und weiterer fossiler Kraftwerke, Energieeffizienz und eine Nutzung auch der Möglichkeiten des internationalen Stromverbund kompensiert werden.

Frage:

Stellen Erneuerbare eine ausreichende Alternative dar?

Antwort:

Ja. Zahlreiche und umfassende Studien (u.a. Energieszenarien für ein Energiekonzept der Bundesregierung, Leitstudie des BMU) belegen, dass die erneuerbaren Energien einen Hauptanteil des Energiemix der Zukunft übernehmen können. Für eine sichere Energieversorgung wird jedoch bei einem erheblichen Zuwachs von fluktuierender Erzeugung aus Windkraft und Sonnenenergie solange auch ein Zubau von konventionellen Kraftwerken erforderlich sein, bis es ausreichende wirtschaftliche Möglichkeiten der langfristigen Speicherung von elektrischer Energie gibt.

Es könnte aber auch der Import, z.B. von Solarstrom aus Ländern Nordafrikas, perspektivisch und langfristig einen Beitrag für die zukünftige europäische Energieversorgung leisten. Wichtig ist aber, dass der Stromverbrauch insgesamt zurückgeht. Und dazu müssen wir die Energieeffizienz weiter voranbringen.

Frage:

Hat der schnellere Ausstieg Auswirkungen auf die Klimaschutzziele Deutschlands?

Antwort:

Der Kernkraftausstieg ist im Grundsatz klimaneutral. Zwar werden durch den Ausstieg die CO₂-Emissionen im deutschen Stromsektor zunehmen. Dieser Anstieg wird durch den Emissionshandel jedoch in anderen Sektoren in Deutschland und Europa vollständig kompensiert. Damit bleiben auch kurzfristig die Treibhausgasemissionen in Europa konstant, weil der Emissionshandel eine EU-weite Obergrenze für Treibhausgasemissionen setzt. Die deutschen Klimaschutzziele haben unverändert Gültigkeit.

Frage:

Welche Kosten sind mit dem schnellerem Ausstieg aus der Kernenergie verbunden?

Antwort:

Der Ausstieg ist nicht zum Nulltarif zu haben. Durch den Wegfall der Stromerzeugung aus Kernkraftwerken ist kurz- und mittelfristig mit höheren Strompreisen zu rechnen. Aktuelle Studien gehen von einem direkt dem schnelleren Ausstieg zurechenbaren Strompreis-Anstieg in der Größenordnung von einem Cent pro Kilowattstunde aus. Die Bundesregierung verfolgt vor diesem Hintergrund das Ziel, den Weg in das regenerative Zeitalter gangbar, wirtschaftlich und auch ökonomisch nachhaltig zu gestalten.

Frage:

Was macht die Bundesregierung, um die Belastungen für die energieintensive Industrie zu mindern?

Antwort:

Die rund eine Million Beschäftigten in der energieintensiven Industrie leisten einen wichtigen Beitrag für die Wertschöpfung in unserem Land. DEU soll auch in Zukunft ein wichtiger Industriestandort mit wettbewerbsfähigen Energiepreisen bleiben. Da auf die energieintensiven Unternehmen ab 2013 emissionshandelsbedingte Strompreiserhöhungen zukommen, sieht die Bundesregierung eine Kompensation aus Mitteln des Energie- und Klimafonds vor und setzt sich bei der Europäischen Kommission für die Genehmigung dieser staatlichen Beihilfe ein. Zudem sieht die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) eine Ausweitung der besonderen Ausgleichsregelungen zur Entlastung stromintensiver Unternehmen bei den EEG-Umlagekosten vor.